

Im Verteilungsscheck

Sparpaket 2025

/ Autor:innen: Sophie Achleitner, Leonard Jüngling, Katharina Mader, Oliver Picek, Barbara Schuster

/ Jänner 2025

Wachstumskiller: Das erste Sparpaket der künftigen Bundesregierung droht das erwartete Wirtschaftswachstum 2025 zunichte zu machen. Die Entscheidung, schon dieses Jahr unnötig viel einzusparen, um ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden, bremst die Wirtschaft stark.

Der Anfang vom Ende beim Klimaschutz: Die Politik für Klimaschutz wird zusammengestutzt. Gestrichenen oder gesenkten klimafreundlichen Förderungen steht keine einzige neue Klimaschutz-Maßnahmen gegenüber. Soziale Einschnitte gibt es beim Klimabonus. Dessen völlige Abschaffung trifft ärmere Haushalte stärker. Denn die CO₂-Steuer müssen sie von ihrem geringen Einkommen nun ohne finanziellen Ausgleich weiterhin abliefern.

Soziale Einschnitte: Den Gürtel enger schnallt die künftige Bundesregierung den Haushalten. Obwohl sie nur zu einem kleineren Teil für das Budgetloch verantwortlich sind, müssen sie die Mehrheit des Sparpakets schultern. Das Verbot geringfügiger Beschäftigung beim Bezug der Notstandshilfe trifft Langzeitarbeitslose, die das als Sprungbrett in einen regulären Arbeitsplatz genutzt haben. Die höheren Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen belasten auch jene mit kleinen und mittleren Pensionen. Die Abschaffung der Bildungskarenz trifft vor allem Frauen, wenn auch tendenziell die Besserverdiener:innen.

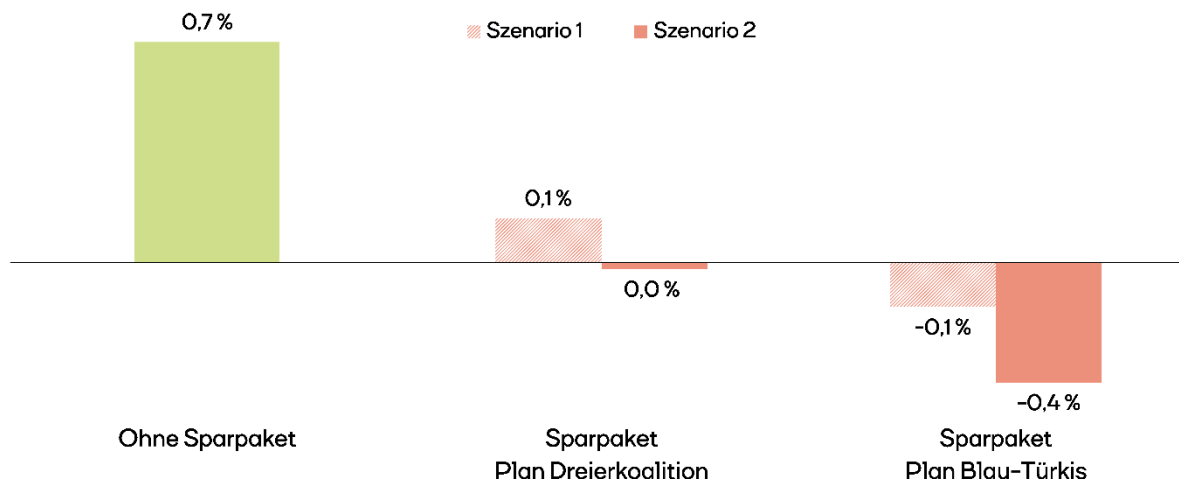
Kein ausreichender Beitrag der Reichen oder Konzerne: Unter den Ursachen für das Budgetloch, den zusätzlichen Ausgaben 2020-2024, dominieren die Ausgaben für Unternehmen. Dennoch tragen die Unternehmen nur unterdurchschnittlich zur Budgetsanierung im Sparpaket 2025 bei. Lediglich kleinere Unternehmenssteuern werden ausgeweitet, tragen aber insgesamt nur wenig bei. Auch Superreiche müssen keinen eigenen Beitrag erbringen. Vermögensbezogene Steuer wird keine einzige neu eingeführt oder erhöht.

/ Ein unnötig aggressives Sparpaket stürzt Österreich ins dritte Jahr der Rezession

6,4 Milliarden Euro will die künftige Koalition aus FPÖ und ÖVP noch dieses Jahr im staatlichen Budget einsparen. Sie wollen heuer mehr kürzen, um damit ein EU-Defizitverfahren zu vermeiden. Das erhöht das Risiko, dass die Wirtschaft in Österreich ein drittes Jahr in Folge schrumpft. Denn staatliche Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen wirken noch stärker, wenn die Wirtschaft schrumpft. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum für 2025 beträgt laut IHS 0,7 Prozent – ohne Sparpaket. Mit einem Sparpaket in Höhe von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kommt die Wirtschaft nicht nur zum Erliegen. Sie dürfte sogar schrumpfen. Nimmt man die durchschnittlichen Effekte eines Sparpakets auf das Wirtschaftswachstum an (100 Euro Einsparung im Budget verursachen etwa 70 bis 90 Euro weniger Wirtschaftsleistung), sinkt die Wirtschaftsleistung um 0,1 bis 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Blau-Türkises Sparpaket stürzt Österreichs Wirtschaft tiefer in Krise

Prognose des BIP Wachstums 2025 in Prozent



Quelle: IHS, BMF, Fiskalrat, Heimberger (2024)

Anmerkung: Annahme Sparpaket über 7 Jahre mit bzw. ohne Defizitverfahren

Multiplikator-Szenario 1: 100 Euro Kürzung von Ausgaben oder Steuererhöhung = Wirtschaft schrumpft um 70 Euro

Multiplikator-Szenario 2: 100 Euro Kürzung von Ausgaben oder Steuererhöhung = Wirtschaft schrumpft um 90 Euro

MOMENTUM
/INSTITUT

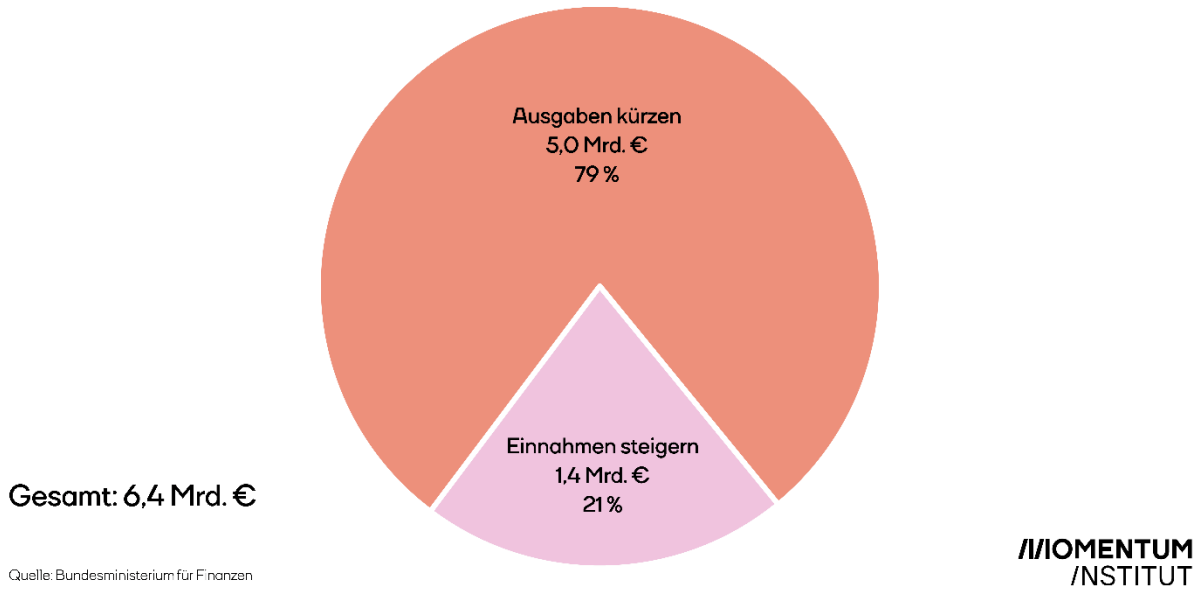
2024 war ein Jahr mit einem Negativrekord an Firmenpleiten, steigender Arbeitslosigkeit, und fallenden Unternehmensgewinnen. Mit einem aggressiven Sparpaket für 2025 scheint das dritte Jahr der Rezession in Folge besiegelt, wenn nicht noch ein unerwarteter Aufschwung vom Himmel fällt. Aus makroökonomischer Sicht wäre es sinnvoll, dieses Jahr aufs Sparen zu verzichten und stattdessen ein Konjunkturpaket zu schnüren. Sobald das Wachstum wieder kräftig genug ist, um sich selbst zu tragen, ist dann die Zeit gekommen, um (kräftig) zu sparen.

/ Nur Ausgaben kürzen? Der falsche Mix schadet der Wirtschaftsleistung mehr

Rein ausgabenseitig wollen die künftigen blau-türkisen Regierungspartner das Budget sanieren. Eine ausgabenseitige Budgetsanierung ist freilich der ideologische Traum der Wirtschaftsliberalen. Lässt sich doch so das vermeintliche „Biest“ – der „böse Staat“ – am besten zusammenstauchen. Im Sparpaket 2025 sei das Vorhaben zu 86 Prozent erfüllt, erklärt der

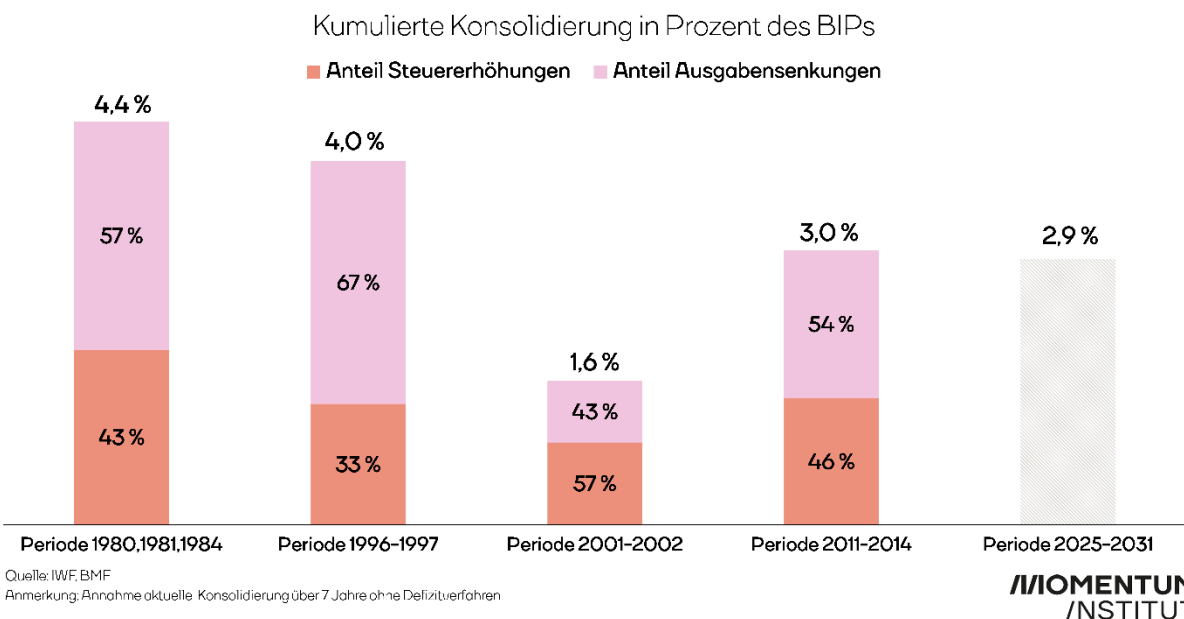
Übergangs-Finanzminister. Das ist insofern bedenklich, weil die wissenschaftliche Literatur zu Sparpaketen zu dem Schluss kommt, dass Kürzungen der Staatsausgaben einen größeren Schaden am Wirtschaftswachstum verursachen als Erhöhungen der Steuern. Sie haben auch einen stärkeren sofortigen Effekt, während Steuererhöhungen erst nach einiger Zeit ihren vollen negativen Effekt entfalten. Doch gerade dieses Jahr braucht die österreichische Wirtschaft – vom arbeitslosen Haushaltsvorstand zur strauchelnden Bauunternehmerin – die Unterstützung des Staates.

Sparpaket fast ausschließlich über Ausgabenkürzungen finanziert



Allein aus pragmatischen Gründen sollten höhere Steuern eine Rolle in den kommenden Sparpaketen spielen. In den vier großen Budgetsanierungen seit 1980 nahmen Steuererhöhungen einen prominenten Platz ein. In den 1990ern trugen sie zumindest ein Drittel des aufzubringenden Betrages bei, in den frühen 2000ern unter der Regierung Schwarz-Blau I sogar die Mehrheit (57 Prozent).

Wie hat Österreich bisher gespart? Konsolidierung im Überblick

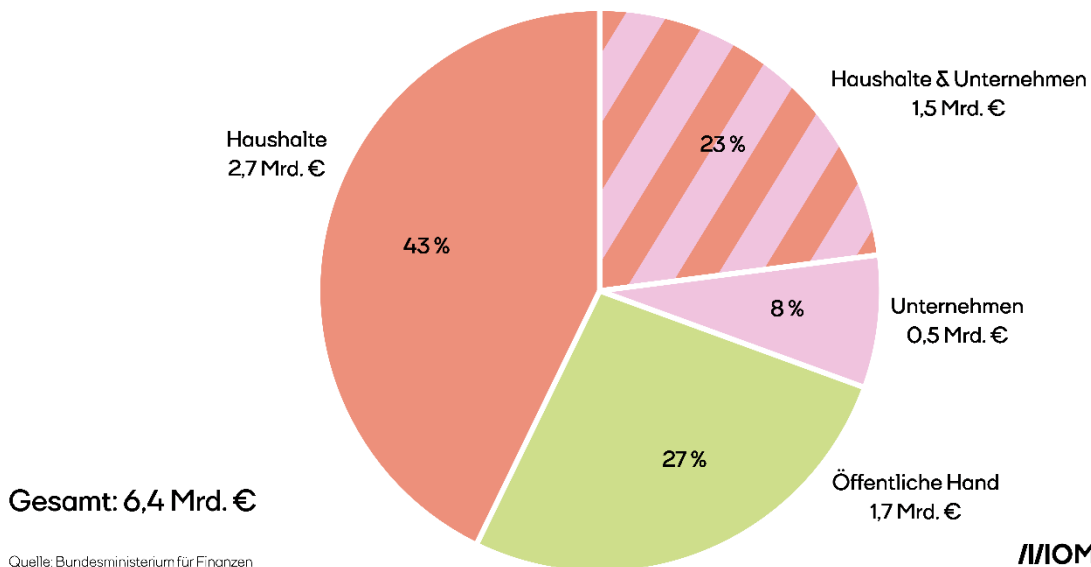


In der EU bemühen sich die allermeisten Länder um einen ausgewogenen Mix. Von 22 der 27 EU-Länder liegen bereits sogenannte „Fiskalstrukturpläne“ vor. Einen solchen muss auch Österreich der Europäischen Kommission vorlegen. Zieht man die Länder ab, die ohnehin nicht sparen müssen, schreiben fast alle EU-Länder sowohl an der Einnahmen- als auch an der Ausgabenseite ihrer nationalen Budgets. Die Slowakei setzt vordringlich auf einnahmenseitige Instrumente. Eine rein ausgabenseitige Konsolidierung plant sonst nur der Zwergstaat Malta. Die kommende Regierung täte gut dran, zur Budgetsanierung keinen österreichischen Sonderweg zu gehen.

/ Haushalte zahlen den Großteil der Rechnung

Die ausgabenseitige Budgetsanierung, gemeinsam mit den politischen Entscheidungen der beiden Parteien, setzt den Schwerpunkt der Budgetsanierung. Die Rechnung für das Sparpaket bezahlen überwiegend die Haushalte. Sie tragen 43 Prozent zum Sparpaket bei. 23 Prozent sind Maßnahmen, die Haushalte und Unternehmen belasten. Ein gutes Viertel (27 Prozent) spart die öffentliche Hand bei sich selbst ein. Nur 8 Prozent sind Maßnahmen, die rein die Unternehmen treffen.

Mehr als die Hälfte des Sparpakets wird von Haushalten getragen



Quelle: Bundesministerium für Finanzen
Anmerkung: Abweichung von 100 Prozent aufgrund von Rundungsdifferenzen

/ Preiserhöhungen statt Preisdämpfung. Das Leben wird teurer

Das Leben in Österreich wird teurer. Ende Jänner dürfte die Teuerung in Österreich wieder ansteigen. Die Kosten für Strom und Netzentgelte steigen, ebenso die Netzgebühren. Ab April kommen noch die Richtwert- und Kategoriemieten dazu. Das Sparpaket sieht keine preisdämpfenden Maßnahmen vor. Im Gegenteil: Zusätzlich wird durch das Sparpaket einiges teurer:

Das Sparpaket verteuert das Leben
CO₂-Steuer schlägt durch (Abschaffung Klimabonus)
E-Mobilität und E-Autos (Erhöhung motorbezogene Versicherungssteuer, Kürzung Kostenersatz bei Öffi-Nutzung, Kürzung E-Mobilität-Förderung)
Reparaturen (Kürzung Handwerkerbonus)
Heizkesseltausch (Kürzung Förderungen)
Photovoltaik-Anlagen (Abschaffung Umsatzsteuerbefreiung)
Der Gang aufs Amt kostet mehr: Reisepässe, Personalausweise, Führerscheine, Zulassungsscheine, Patent- und Markenmeldungen, Registerauszüge und Baubewilligungen (Inflationsanpassung der Bundesgebühren)
Dienstreisen (Kürzung Kilometergeld für Fahr- und Motorräder)
Rauchen: Nikotinbeutel, Liquids für E-Zigaretten, Tabak zum Erhitzen (Erhöhung Tabaksteuer)

/ Kehrtwende beim Klimaschutz

Die Klimapolitik beendet die künftige blau-türkise Regierung lautstark. Die Koalitionsverhandler:innen gehen den Förderungen und Subventionen für mehr Klimaschutz an den Kragen. Insgesamt sollen die Klima- und Umweltförderungen um 500 Millionen sinken (exklusive Klimabonus). Klimaschädliche Subventionen bleiben jedoch bestehen.

Der Klimabonus fällt. Das Gratis-Klimaticket für 18-Jährige wird es nicht mehr geben. Die steuerliche Begünstigung für E-Autos: Gestrichen. Die Förderung für die Industrie für klimafreundliche Maschinen und Anlagen ist fort. Der Kauf von Photovoltaik-Anlagen wird wieder mit der Umsatzsteuer belegt.

Klimafreundliche Förderungen werden gestrichen und gekürzt	
Klimabonus	gestrichen
Klimaticket	bleibt
Gratis-Klimaticket für 18-Jährige	gestrichen
Weniger Abgaben für E-Autos	gestrichen
Keine Umsatzsteuer beim Kauf von Photovoltaikanlagen	gestrichen
Förderung des Kaufs von Elektro-Fahrzeugen	gekürzt
Förderung von Heizkesseltausch in Häusern/Wohnungen	gekürzt

Bestehende Subventionen für klimaschädliches Verhalten bleiben jedoch bestehen. Die steuerliche Vergünstigung für Diesel wird nicht angerührt. Die günstige pauschale Besteuerung von Dienstwägen (Sachbezug) geht weiter. Diverse Steuer-Privilegien für Unternehmen bleiben unangetastet, so etwa die Energieabgabenvergütung. Dadurch können energieintensive Produktionsbetriebe der Sachgütererzeugung einen Teil der Energiekosten rückvergütet bekommen. Diese Maßnahme verhindert die Anreizwirkung, um Produktionsprozesse oder die Energieversorgung klimafreundlicher zu gestalten. Auch die flächendeckende LKW-Maut – etwa auf Landesstraßen – kommt nicht.

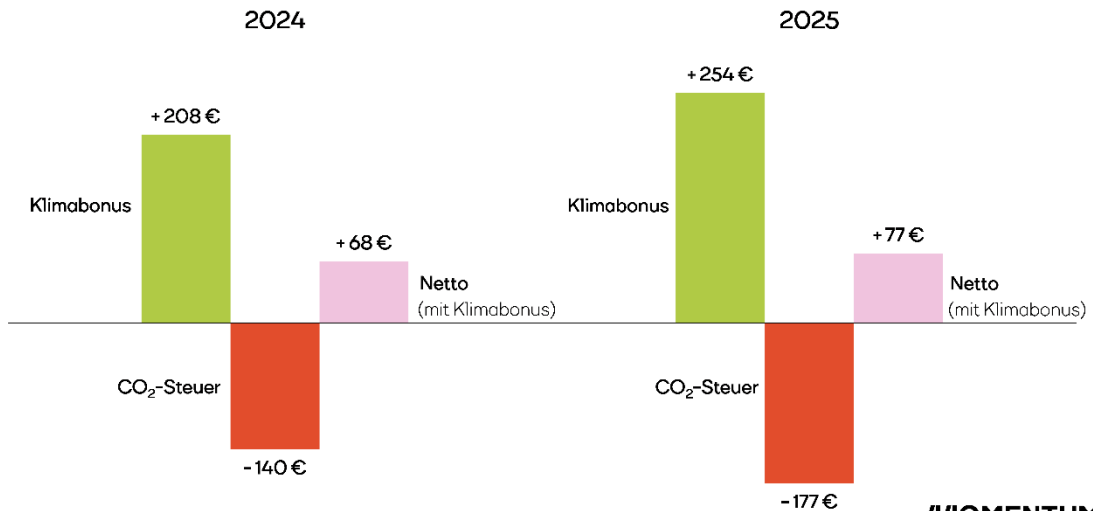
Klimaschädliche Subventionen bleiben bestehen	
Steuerliche Vergünstigungen für Diesel	bleibt
Pauschale Besteuerung von Dienstwägen	bleibt
Pendlerpauschale	bleibt
Verpflichtende Autoparkplätze im Wohnungsbau	bleibt
Energieabgabenvergütung	bleibt
LKW-Mautbefreiung auf Landesstraßen	bleibt

Der größte, auffälligste Brocken der gestrichenen Klimaschutz-Maßnahmen ist der Klimabonus. Der Klimabonus bringt nicht nur einen finanziellen Ausgleich für die CO₂-Steuer, er ist auch wichtig für die Akzeptanz der CO₂-Steuer. Durch die Abschaffung des Klimabonus verlieren die Österreicher:innen dieses Jahr rund 254 Euro pro Person. Letztendlich steigen sie negativ aus: Pro Einwohner:in (Erwachsene und Kinder) müssen 2025 voraussichtlich 177 Euro an CO₂-Steuer

bezahlt werden. Mit Klimabonus hingegen würden sie netto mit einem Plus von 77 Euro aussteigen.

Ohne Klimabonus wird es teuer

Durchschnittlicher Klimabonus und CO₂-Steuerbeitrag pro Person

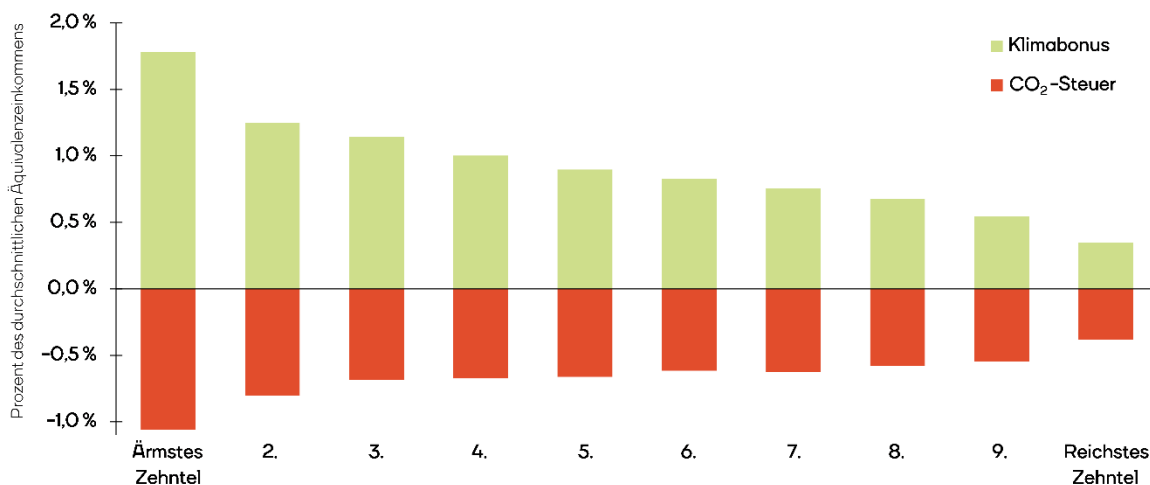


Quelle: Bundesministerium für Finanzen, Statistik Austria
Anmerkung: Annahme, dass der Klimabonus 2025 im selben Ausmaß wie der CO₂-Preis pro Tonne steigt (-22 Prozent).

Ohne sozialen Ausgleich durch den Klimabonus bleibt nur die CO₂-Steuer übrig, die ärmere Haushalte finanziell stärker trifft. Fällt der Klimabonus 2025 weg, sinkt das Haushaltseinkommen des einkommensärmsten Zehntels um rund 1,75 Prozent. Die untere Mittelschicht verliert über ein Prozent. Haushalte mit mittleren bis hohen Einkommen kostet die Abschaffung zwischen 0,5 und ein Prozent ihres Nettoeinkommens. Lediglich die Bestverdiener:innen des einkommensstärksten Zehntels der Haushalte steigen mit weniger als einem halben Prozentpunkt Verlust ihres Nettoeinkommens aus.

Klimabonus entlastet Haushalte mit niedrigeren Einkommen mehr

Der Klimabonus soll Mehrkosten durch die CO₂-Bepreisung ausgleichen



Quelle: Budgetdienst, 2022
Anmerkung: Berechnung für 2025

Eine Reform des Klimabonus ist sinnvoller als eine gänzliche Abschaffung. In der aktuellen Ausgestaltung kostet die Auszahlung des Klimabonus mehr, als die CO₂-Steuer einbringt – sie wird überkompensiert. Auch ohne Abschaffung des Bonus ergibt sich für heuer ein Einsparungspotenzial von 1,1 Milliarden Euro, indem die Überkompensation beendet wird. Für die kommenden Jahre der Budgetkonsolidierung könnte man Erwachsenen ab einem Jahreseinkommen von 50.000 Euro keinen Klimabonus mehr ausbezahlen. Damit ließen sich weitere 300 Millionen Euro pro Jahr einsparen. So ließe sich der Klimabonus beibehalten für die, die ihn brauchen, aber trotzdem ein Einsparungsbeitrag lukrieren.

/ Soziale Einschnitte

/ Arbeitslose: Die Möglichkeit eines Zuverdienst wird verboten

Für arbeitslose Personen beim AMS ist bisher ein Zuverdienst bis zur Geringfügigkeitsgrenze von 551 Euro erlaubt – neben dem Bezug des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe. Für Langzeitarbeitslose ist das ein Sprungbrett in Beschäftigung. Ihre Zeit in der Arbeitslosigkeit verkürzt sich, wenn sie zuvor ein Betrieb geringfügig anstellt. Für kurzzeitig Arbeitslose verlängert es zwar die Dauer bis zum nächsten Job etwas im Durchschnitt, bietet aber trotzdem eine wichtige Einkommensstütze, wo doch das österreichische Arbeitslosengeld im Vergleich moderner westeuropäischer Industriestaaten sehr gering ausfällt. Rund 55 Prozent des vorherigen Gehalts reichen in den meisten Fällen nicht, um vernünftig über die Runden zu kommen. Ein Kürzen des geringfügigen Zuverdienstes, ohne das Arbeitslosengeld zu erhöhen, ist sozialpolitisch kontraproduktiv.

Knapp jede:r zehnte Arbeitslose (11 Prozent) nutzt den Zuverdienst um über die Runden zu kommen. Höher liegt der Anteil unter Frauen, Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, Arbeitslosen im Haupterwerbssalter und Haushalten mit Kindern.¹

/ Bildungskarenz: Reform statt Abschaffung wäre sinnvoller

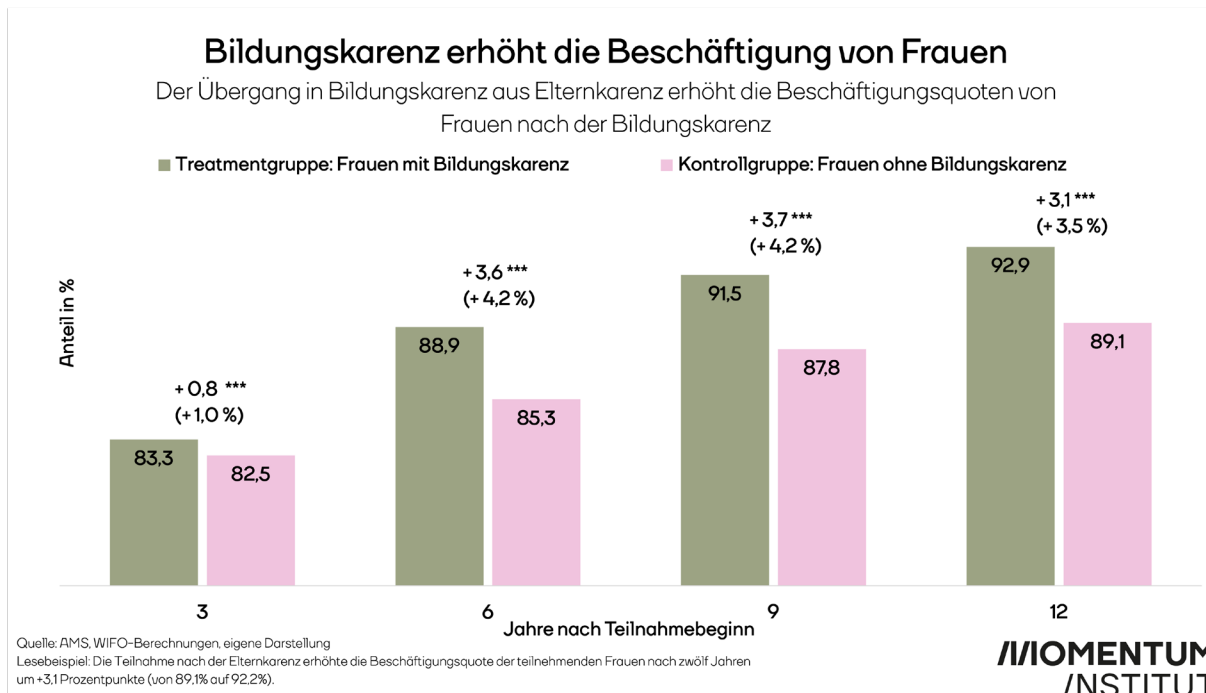
Die Bildungskarenz soll abgeschafft werden und so ca. 400 Millionen Euro, die das AMS an Weiterbildungsgeld ausbezahlt, eingespart werden. Zählt man noch Versicherungsbeiträge dazu, die ebenfalls vom AMS kommen, summieren sich die Gesamtkosten auf etwa eine halbe Milliarde Euro.²

Schon im letzten Jahr waren die Rufe laut, dass Bildungskarenz im Anschluss an die Elternkarenz missbräuchlich vor allem von Frauen verwendet werden würde. 2024 hat das WIFO jedoch eine

¹ Bittschi, B., Fink, M., Horvath, T. & Mahringer, H. (2023). Effektabschätzung möglicher Reformen des Arbeitslosenversicherungsrechtes - WIFO. In *WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung*. Abgerufen am 16. Januar 2025, von <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/21289401>

² <https://www.derstandard.at/story/3000000212528/bildungskarenz-kostet-mehr-als-gedacht-denn-auch-die-laender-foerdern-mit-millionen> [zuletzt abgerufen: 16.01.2025]

neue Studie zur Inanspruchnahme und Wirkung der Bildungskarenz veröffentlicht, in der die kausalen Effekte auf die Arbeitsmarktintegration der Teilnehmer:innen untersucht wurden.³



Es zeigt sich, dass Frauen, die aus der Elternkarenz in die Bildungskarenz wechseln, als Folge der Teilnahme sowohl kurz- als auch langfristig – seltener erwerbsinaktiv sind, sie haben also nach der abgeschlossenen Bildungskarenz eine höhere Erwerbsbeteiligung. Die Autor:innen gehen davon aus, dass ohne angehängte Bildungskarenz ein bedeutender Teil der Frauen nach dem Ende der Elternkarenz – zumindest vorübergehend – ganz aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet, um sich weiterhin der Kinderbetreuung zu widmen. Die Teilnahme an der Bildungskarenz senkt den Anteil der Nichterwerbspersonen ein Jahr nach Beginn um 6,2 Prozentpunkte. Zwölf Jahre nach Teilnahmebeginn ist der Anteil der Nichterwerbspersonen um 3,3 Prozentpunkte niedriger. Außerdem: Das Gehalt von Frauen, die im Anschluss an die Elternkarenz in Bildungskarenz gehen, steigt schneller. Ebenso zeigen die Daten: Mütter, die in Bildungskarenz waren, sind danach mehr Stunden erwerbstätig als Mütter, die nach der Elternkarenz direkt wieder in den Job einstiegen. Das bedeutet in Summe auch ein höheres Jahreseinkommen.

Die WIFO-Studie zeigt allerdings auch, dass die Teilnehmer:innen tendenziell jung, weiblich und höher gebildet sind. Etwa die Hälfte verfügt über mindestens einen Maturaabschluss, im Vergleich zu 40 Prozent der unselbständig Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter. Auffallend ist, dass vor allem Personen teilnehmen, die bereits gut in den Arbeitsmarkt integriert sind. Insofern wäre ein Reformieren der Bildungskarenz wünschenswert. Ein vollständiges Abschaffen, wird zu Lasten von Frauen – vor allem von Müttern – und ihrer Erwerbsbeteiligung gehen. Und verhindert zudem selbstbestimmte Weiterbildung.

³ Bittschi, B., Eppel, R., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H. & Zulehner, C. (2023). Evaluierung der Bildungskarenz und der Bildungsteilzeit. In *WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung*. Abgerufen am 16. Januar 2025, von <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/37971954>

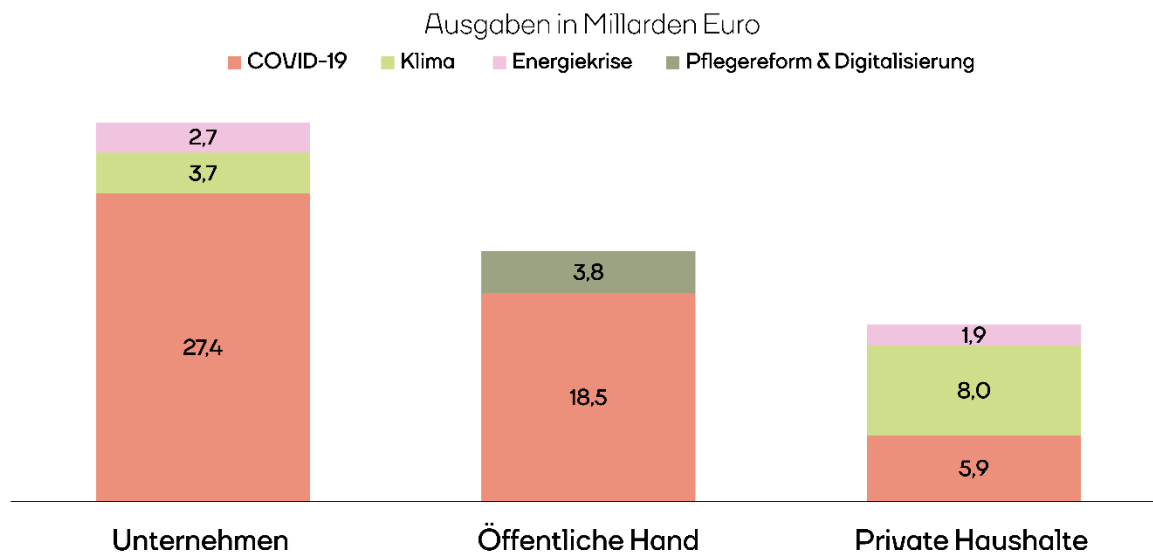
/ Höhere Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen

Pensionist:innen dürften höhere Krankenversicherungsbeiträge bezahlen. Im Sparpaket sind 320 Millionen Euro mehr an Krankenversicherungsbeiträgen eingeplant – ohne Detailinfo. Eine Erhöhung der KV-Beiträge um einen Prozentpunkt für alle Pensionist:innen (von 5,1 auf 6,1 Prozent, bei Beamt:innen von 4,9 auf 5,9 Prozent) brächte im Jahr rund 440 Millionen Euro mehr. Rückwirkend mit Jahresbeginn ist freilich keine Einführung möglich. Beginnt man mit den höheren Beiträgen der Pensionist:innen also erst im Frühjahr, kommt man auf die Summe, die Blau-Türkis eingeplant hat. In absoluten Beträgen tragen Besserverdiener:innen zwar durch höhere Versicherungsbeiträge mehr bei. Aufgrund ihres geringen Einkommens werden höhere KV-Beiträge jedoch gerade für Pensionist:innen mit kleinen und mittleren Pensionen zu einer finanziellen Belastung. 6.678 Menschen werden dadurch zusätzlich armutsgefährdet.

/ Unternehmen im Sparpaket geschont

Eine gute Richtlinie für ein verteilungsgerechtes Sparpaket wäre, dass jene einen Beitrag leisten, die das Budgetloch mitverursacht haben. Gerade während Corona und der Energiekrise gingen milliardenschwere Hilfen an die Unternehmen, auch wenn diese vielfach gar nicht nötig waren.

An wen gingen die zusätzlichen Ausgaben der Regierung 2020-2024?



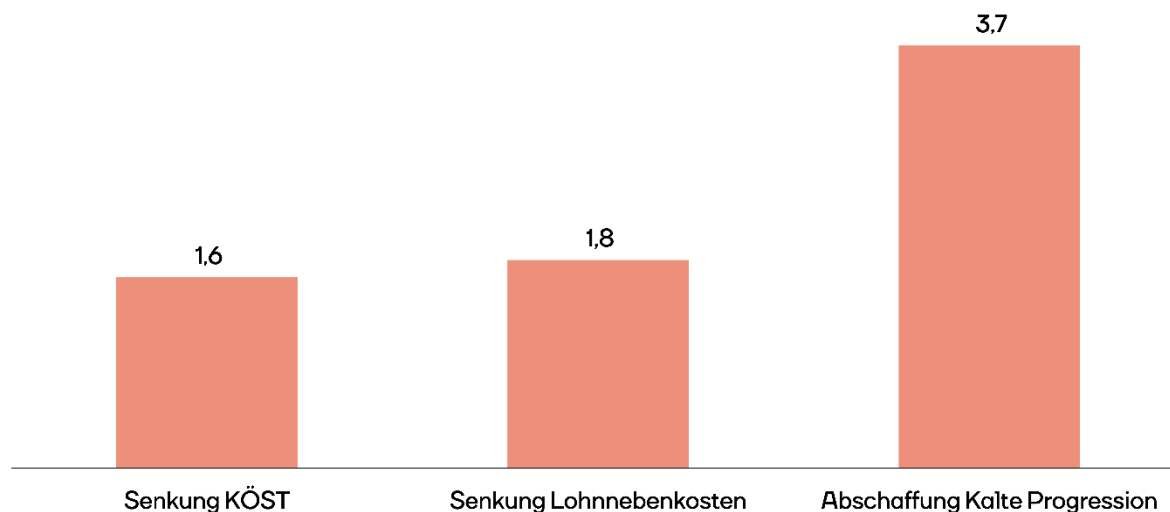
Quelle: BMF

MOMENTUM
/INSTITUT

Anstatt dass die Unternehmen nun einen Beitrag zur Rückzahlung leisten, hat die türkis-grüne Bundesregierung die Steuersätze für sie sogar noch gesenkt, etwa mittels einer niedrigeren Steuer auf Unternehmensgewinne (KöSt) oder niedrigeren Lohnnebenkosten.

So viel kosteten die letzten Steuersenkungen

Gesamte Mindereinnahmen 2020–2024 in Milliarden Euro



Quelle: WIFO, Fiskalrat, BMF, eigene Berechnungen

MOMENTUM
INSTITUT

Auch für Haushalte gab es Hilfen, wenn auch nicht so große wie für Unternehmen. Für sie hat Türkis-Grün die Steuern gesenkt, indem die Kalte Progression abgeschafft wurde. In normalen Zeiten macht das keinen Unterschied, weil die Rückgabe der Kalten Progression sowieso mittels Steuerreformen erfolgte. In Zeiten eines Sparpakets fehlt das Geld jedoch.

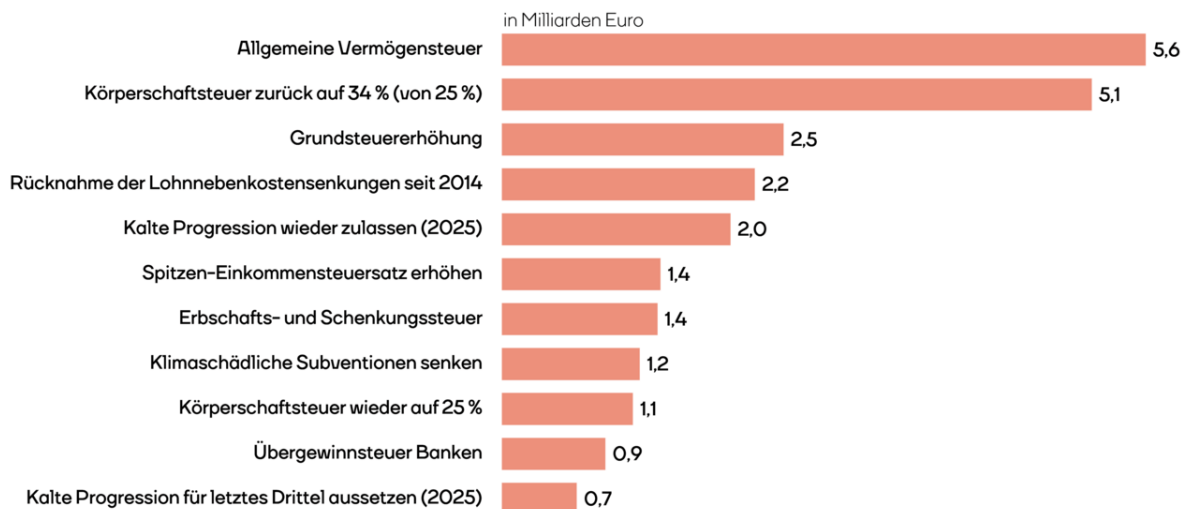
Ein wesentlicher Beitrag der Unternehmen zur Budgetsanierung ist nicht vorgesehen. Weder wird die Senkung der Körperschaftsteuer zurückgenommen, noch die Lohnnebenkosten erhöht. Österreich verlangt derzeit nur 23 Prozent Steuer auf Unternehmensgewinne. Deutschland liegt bei knapp 30 Prozent, besteuert also deutlich höher. Der internationale Trend geht in Richtung eines größeren Beitrags der Konzerne. Unsere Nachbarn Slowakei und Slowenien haben beide im Zuge von Hochwassern und Sparpaketen ihre Gewinnsteuern für Konzerne angehoben. Eine Bankenabgabe auf die Übergewinne der Banken fehlt im Paket ebenfalls. Anders in der EU: Auf Bankengewinne haben sogar zwölf EU-Länder neue Steuern eingeführt oder bestehende Bankenabgaben erhöht.

Die zusätzlichen Beiträge der Unternehmen im Sparpaket sind gering. Lediglich die Digital-Steuer (Online-Werbung) wird leicht erhöht und der Energiekrisenbeitrag der Stromkonzerne noch einige Zeit fortgesetzt. Beides trägt aber nur wenig zur Budgetsanierung bei (zusammen sind 150 Millionen Euro eingeplant). Auch die höhere Glückspielabgabe kann man dazurechnen. Das Glückspiel wirkt sich stark negativ auf Familien und Individuen aus, wenn Süchtige ihr Einkommen verspielen. Auch hier gilt allerdings: Der Fokus sollten nicht auf Einnahmen liegen, sondern auf dem Verhindern von neuen Glückspielsüchtigen.

Bei den gestrichenen Förderungen positiv hervorzuheben ist die Reduktion des Waldfonds, der eine klassische Überförderung durch Lobbying der Waldbesitzer darstellt. Denn selbst in Zeiten von hohen Holzpreisen wurde der Fonds in den letzten Jahren stark aufgestockt. Auch der reduzierte Handwerkerbonus ist sinnvoll, da er wohl hohe Mitnahmeeffekte aufweist und wenige Projekte tatsächlich nur aufgrund des Bonus zustande kommen.

Sparpakete sozial verträglich gestalten

Mögliche Beiträge zur Budgetsanierung von Unternehmen, Vermögenden und Besserverdienenden



Quellen: IHS & WIFO 2024, Grünberger, Derndorfer & Schnetzer 2024, Kapeller et al. 2024, Hahn & Magerl 2006, OeNB Immobilienpreisindex, eigene Berechnungen

MOMENTUM
/INSTITUT

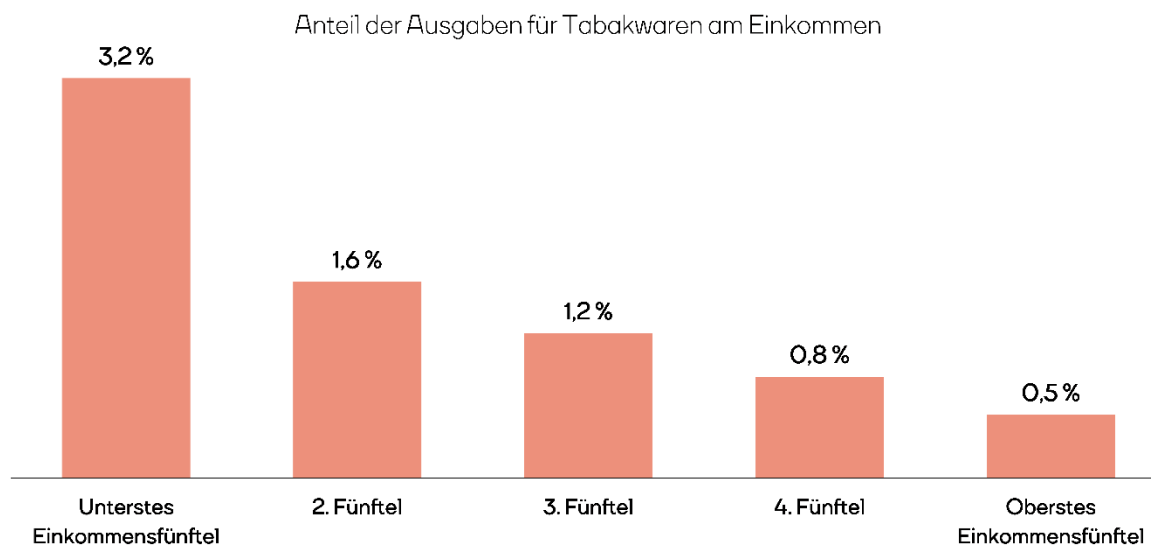
/ Kein Beitrag der Superreichen

Für eine sozial verträgliche und klimafreundliche Budgetsanierung braucht es einen Beitrag der reichsten Mitbürger im Land, aber auch einen der großen Konzerne. Denn Österreich erlaubt sich zu viele Steuerprivilegien für Superreiche. Es gibt keine Vermögensteuer, keine Erbschaftsteuer, und die Steuern und Grund und Boden sind im internationalen Vergleich sehr niedrig. Die künftige blau-türkise Regierung hat in ihrem Sparpaket keinen Beitrag der reichsten Mitbürger:innen vorgesehen.

/ Steuererhöhungen: Neue Verbrauchsteuern treffen Ärmere stärker

Auch wenn es die Koalitionsverhandler:innen nicht gerne zugeben. Das Sparpaket enthält neue Steuern, verklausuliert als „Steuerlücken“ und „Steuerschlupflöcher“ bezeichnet. Wer nun an neue Steuern für Superreiche, Millionenerben oder große Konzerne denkt, irrt. Geplant ist eine Ausweitung der Tabaksteuer. Das sind Verbrauchsteuern. Die belasten Ärmere typischerweise finanziell stärker, weil diese ihr (kleineres) Einkommens schon stärker verplant haben. Besserverdiener:innen mit ausreichend Geldreserven hingegen tun sich deutlich leichter, die höheren Steuern zu stemmen. Für Tabakwaren gibt das Fünftel der Haushalte der Bestverdiener:innen nur rund 0,5 Prozent ihres Nettoeinkommens aus. Geringverdiener:innen unter den Haushalten müssen jedoch dafür 3,2 Prozent berappen.

Höhere Tabaksteuer birgt größte Last für Einkommensärmere



Quelle: Konsumerhebung 19/20, eigene Berechnungen
Anmerkung: Fünftel nach Äquivalenzeinkommen.

MOMENTUM
INSTITUT

Auch wenn sich solche „Sündensteuern“ gut anhören. Ohne ein Gesamtpaket ist fraglich, ob sich etwa nur aufgrund des höheren Preises der Trend zu alternativen Produkten mit Nikotin aufhalten lässt. Ein Verbot von Nikotinbeutel für unter 18-Jährige klingt wirkungsvoller. Mehr Prävention, Verbote und Regulierung wirken tendenziell besser. Das Rauchen wurde in Österreich zurückgedrängt, in dem ein Rauchverbot in Lokalen, Alterslimits, oder die Prüfung der Bankomatkarte beim Zigarettenkauf an Automaten eingeführt wurden. Nur eine reine Preiserhöhung hätte das nicht geschafft.

/ Sparen in der Verwaltung

Ein Fragezeichen im Budgetplan sind mögliche „Luftbuchungen“. Ob die 1,1 Milliarden an Verwaltungsreform tatsächlich realisiert wird, ist unsicher. Schon in der Vergangenheit sind Regierungen an zu hoch dimensionierten selbst gesetzten Einsparungszielen in der Verwaltung gescheitert. Auch höhere Dividenden von Unternehmen im Staatseigentum könnten sich letztendlich mehr als Rechenricks, denn als echte Einsparung herausstellen, wenn die Summe zu hoch angesetzt ist. Am ehesten abholen lässt sich noch das Geld, das für Förderprogramme gebucht war, die nicht ausgeschöpft wurden.

Wenig sinnvoll ist ein „Sparen im System“ an den falschen Stellen. So sollen auch Gelder für zusätzliche Administrator-Stellen an Schulen wieder gekürzt werden. Gerade die wären jedoch dringend notwendig, um die Lehrer:innen von administrativen Aufgaben zu entlasten, damit sie sich dem Unterricht widmen können.

Zitiervorschlag:

Achleitner, S., Jüngling, L., Mader, K., Picek, O., Schuster, B. (2025). *Im Verteilungsscheck: Sparpaket 2025*. Momentum Policy Brief 2/2025.